

Berliner Tageblatt



Kr. 250

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die neuen Reparationsbesprechungen.

Der französische und der belgische Plan.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 30. Mai.
Die französisch-belgische Konferenz ist, wie schon gestern gemeldet, jetzt endgültig auf den 6. Juni angesetzt. Es wird auch in Paris bestätigt, daß der Ministerpräsident Poincaré sich nach Brüssel begeben wird, um dem belgischen Minister Jaspars die Besprechung zu erlauben. Die Standpunkte Frankreichs und Belgiens werden heute in einigen Artikeln noch eingehender geschildert. Frankreich sagt: „Deutschland muß zunächst Vorschläge machen; es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Vorschläge zufrieden stellen werden. Wir brauchen uns also nur darüber zu einigen, wie wir sie zurückweisen wollen.“ Belgien sagt: „Wenn die Deutschen uns einen Vorschlag machen, können wir ihn nicht zurückweisen, ohne daß wir selbst etwas Besseres vorzuschlagen wissen. Deshalb müssen wir einen französisch-belgischen Plan fertig haben. Wenn wir uns nicht beeilen, werden die Engländer uns mit einem Projekt zu verformen, und man kann sich denken, wie ein Reparationsplan aussieht, an dem Mackenna und Lord Robert Cecil gearbeitet haben. Wir dürfen uns nicht die Initiative nehmen lassen. Sonst geraten wir in Verlegenheit. Der Vorschlag unseres Verbindlichen könnte uns vielleicht noch weniger annehmbar erscheinen, als der deutsche. In diesem Falle wäre die Antwort schwer.“ Die nationalistische Pariser Presse ist aber bereits jetzt nicht bloß dem noch gar nicht bekannten deutschen und dem wahrscheinlich noch nicht existierenden englischen Plane abgeneigt, sondern auch dem Reparationsvorschläge der Belgier. Was gegen die Idee vorgebracht wird, wird am klarsten von Berlin ausgesprochen. Der belgische Plan geht nach seiner Auffassung noch immer von den falschen Grundfragen aus, welche die Reparationspolitik in den vergangenen drei Jahren bestimmt hätte. Es werde noch viel auf den guten Willen Deutschlands gerechnet. Man dürfe nicht voraussetzen, daß die Deutschen eine große Organisation von Monopolen und Verwaltungen unter internationaler Leitung zulassen und ertragen würden. Ein weiteres Bedenken richtet sich dagegen, daß die Eingriffe der Alliierten nicht ausreiche, so einschneidende Maßnahmen durchzuführen. Endlich ist es auch zweifelhaft, ob das fremde Kapital sich für das sehr verwickelte belgische System interessieren werde. Aber selbst, wenn diese Bedenken zu überwinden wären, blieben noch genug Schwierigkeiten übrig. Eine alliierte Aufsichtsbehörde in Essen, wie sich die Belgier vorstellen, bliebe vollkommen wirkungslos und dränge die ganze französische Politik in die Zeit vor der Ruhrbesetzung zurück. Wenn Frankreich es jetzt aufgeben sollte, die Ausbeutung der Ruhr weiter auszubauen, oder wenn gar die Truppen zurückgezogen werden, dann wäre eine Unternehmung ausgeschlossen, die niemals mehr von neuem begonnen werden könnte. Aus diesem Grunde bleibt nur die französische Methode übrig, der gefestigten Kammer mit großer Mehrheit zugestimmt habe. Diese Methode umfasse zwei Stadien. Erstes Stadium: Die im Rheinland und im Ruhrgebiet nach dem jetzigen System erzielten Einnahmen werden der Reparationskasse zugeführt. Diese Einnahmen werden sich steigern, sobald in dem Ruhrgebiet wie-

der gearbeitet wird. Zweites Stadium: Deutschland hat nachgegeben die regelmäßigen Zahlungen werden geleistet. In diesem Falle bleiben die Erträge des Ruhrgebietes wieder zur Verfügung des Reiches. Aber das ist für die Franzosen die Hauptbedingung des Systems und die Maschinen der Arbeit bleiben auch dann unter französischer Aufsicht. Sobald das Reich verfallt, beginnt die Einforderung durch die alliierten Mächte ohne weiteres von neuem.

Deutsch-englische Finanzunterhaltungen.

Die Reparationssequete der Internationalen Handelskammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 30. Mai.
Zu den bereits dementierten Gerüchten, daß Deutschland die englische Regierung in bezug auf das kommende deutsche Angebot zu sondieren versucht habe, sagt jetzt der „Daily Telegraph“, die englische Regierung habe von Anfang an klar gemacht, daß sie derartigen Unterhaltungen abgeneigt sei; aber es sei etwas ganz anderes, wenn der deutsche Reparationsplan seinen Weg in gewisse englische Finanzkreise gefunden habe. Nach der „Daily Mail“ habe sich ein Direktor der Darmstädter Bank auf Wunsch Dr. Cuno's nach London begeben, um sich über die Grundlagen zu vergewissern, auf denen England in weitere Besprechungen über die Reparationsfragen einwilligen würde. Der Direktor der Darmstädter Bank habe eine Zusammenkunft mit der industriellen Gruppe des Unterhauses gehabt. Bei dieser Gelegenheit habe man feststellen können, daß er selbst die bisherigen deutschen Vorschläge für unzureichend halte. Er soll ferner einige „greifbare Arrangements“ gemacht haben. Dieser halbamtliche Unterhändler habe auch eine Unterhaltung mit den höchsten finanziellen Autoritäten Londons gehabt, die daraufhin die Hoffnung hatten, daß wirlich eine Erörterungsgrundlage mit Deutschland gefunden werde. Die „Daily Mail“ betont sodann noch, daß Lord Aberdeen's augenblicklicher Besuch in London privater Natur sei. Der deutsche Gesandter Schamer hatte gestern eine Unterredung mit Lord Curzon.

Wir wollen zu dieser Meldung hinzufügen, daß einer der Direktoren der Darmstädter Bank, Dr. Schacht, der bereits wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, war aber nicht im Auftrage des Reichsregierers, sondern in geschäftlichen Angelegenheiten nach London gereist.

Die Garantieleistung der Landwirtschaft.

Fortführung der Besprechungen mit der Reichsregierung.

Die gestern begangenen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft werden in diesen Tagen fortgesetzt werden. Wie wir aus landwirtschaftlichen Kreisen hören, steht die Frage der Höhe der Garantiesumme endgültig im Augenblick noch nicht fest, da auch die Verpflichtung des städtischen Hausbesitzes berücksichtigt werden müsse.

Pflicht, hier von neuem Herrn Clemenceau für die bewundernswürdigen Dienste zu danken, die er dem Lande erwiesen hat.“ (Weißall.)

Der Sozialist Renaud-Jean ruft ironisch die Worte des bekannten Soziologen: „On les aura.“

Poincaré: „Ja! Wir haben sie gehabt und wir werden sie von neuem haben. (Weißall.) Wenn Deutschland seinen Widerstand forschen will, muß es wissen, daß wir bereit sind, unsere Operation andauernd zu lassen, bis zum Erfolg. Es ist nicht richtig, wenn wir bei den Deutschen den Eindruck erwecken, als hätten wir es sehr eilig. Je ungeduldiger wir uns zeigen, desto mehr Geduld wird das Reich haben. Etwas sage ich noch einmal mit aller Deutlichkeit: Wir werden aushalten, so lange es nötig ist. Man hat geschrieben, Deutschland müsse „kapitulieren“. Ich wenigstens habe dieses Wort nie gebraucht, aber es erschreckt mich nicht. Vielleicht ist es das richtige Wort für einen widerpenigen Schuldner. Es ist nötig, daß Deutschland weich wird und zahlt. Nur wirkungsvolle Maßnahmen, die unter der Drohung des Zwanges bestimmt durchgeführt werden, können die Regelung erleichtern. Vielleicht gibt es in Deutschland Parteien, welche die Pflicht des Reiches anerkennen. Aber diese Parteien sind sehr unentschieden und sehr schwankend in ihren Entschlüssen. Immer abhängig von den Rücksichten auf die innere Politik. Deshalb rechnen wir nicht lieber auf uns selbst als auf andere? 1914 hofften die Optimisten auf die deutsche Sozialdemokratie. Hat die deutsche Sozialdemokratie den Krieg verhindern können? (Weißall.) Ich wünsche aufrichtig, daß es viele Deutsche gäbe, die für Gerechtigkeit und Frieden sind. Aber bis wir diese Männer gefunden haben, wollen wir selbst dafür sorgen, daß Gerechtigkeit und Frieden respektiert werden.“ (Großer Weißall.)

Nach einigen Entgegnungen der Abgeordneten Darenne, Cachin und Buillon, die sich gegen die Bewilligung der Kredite aussprachen, folgte die Abstimmung. Die Kammer hat sich mit großer Mehrheit für die Fortsetzung der Ruhraktion ausgesprochen. Die Entscheidung des Senats, die in den nächsten Tagen erfolgen soll, dürfte ebenso wenig zweifelhaft sein. Die in Paris erscheinenden amerikanischen Zeitungen schreiben über die getriggerte Kammerdebatte, Poincaré habe nach hartem Kampf einen deutschen Sieg davongetragen und auch die Kapitalisten hätten geschlossen für die Kredite gestimmt. Der „New York Herald“ legt, wie es scheint, der Tatsache einige Bedeutung bei, daß Poincaré die von Tordien verlangte militärische Verstärkung der Ruhraktion entschieden abgelehnt habe.

Der zweite Band des „Civro Noir“.

Die letzten Stappen zum Weltkrieg.

Von [Nachdruck verboten.]

August Bach,

Mitarbeiter der Zentralfelle für Erforschung der Kriegsurachen.

Unter allen Dokumentenbänden, die seit 1919 veröffentlicht worden sind, nimmt das „Civro Noir“, dessen zweiten Band René Marchand vor kurzem der Öffentlichkeit übergeben hat, eine Sonderstellung ein. Es ist erdichtet in der Ghartrie de Travail, in Paris, Quai de Jemappes 96. Die darin enthaltenen Dokumente umfassen die Jahre 1910 — 1914, die Zeit, in der Europa mehr als einmal vor dem nahen Ausbruch eines europäischen Krieges gestanden hat.

Seit dem englisch-französischen Abkommen von 1904 über Ägypten und Marokko hat die französische Politik konsequent die größten außenpolitischen Ziele verfolgt und erreicht. Die innere Lösung Italiens vom Dreieund war bereits im Jahre 1902 durch eine Art Rückversicherungsvertrag zwischen Italien und Frankreich begonnen worden, der im Jahre 1909 seine Ergänzung in dem italienisch-russischen Vertrag von Rapallo fand. Diese geheimen Abmachungen mit Frankreich und Rußland waren mehr als eine „Extratour“ des Bundesgenossen. Sie waren eine verbriefte Neutralitätserklärung. Im November 1912 folgte die schriftliche Festlegung der englisch-französischen Entente, der bereits sehr eingehende militärische und maritime Abmachungen vorausgegangen waren. Poincaré erklärte Jswolff im Februar 1913 (Brief Jswolffs vom 14./27. Februar 1913), daß Frankreich bei der gegenwärtigen politischen Lage im Falle eines Krieges mit Deutschland auf die bewaffnete Unterstützung Englands rechnen könne. Die militärisch-maritimen Kooperationspläne seien bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeitet und in technischer Hinsicht noch weitergehend als die analoge Konvention zwischen Frankreich und Rußland. (Brief Jswolffs vom 15./28. März 1914.)

Die Außenpolitik Frankreichs sollte im Sommer 1914 ihre Krönung durch eine englisch-russische Marinekonvention erfahren. Die Verhandlungen waren im besten Verlauf, als die deutsche Regierung davon erfuhr und auf verhängnisvollen Wegen (Einhaltungen Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“, Reize Ballins nach London) eine Anfrage nach London gelangen ließ. Die Verhandlungen gerieten ins Stocken und Grey dementierte sie im Unterhause. Wir waren über diese Verhandlungen bereits durch frühere russische Veröffentlichungen unterrichtet. Der zweite Band des „Civro Noir“ bringt neue wichtige Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die Führung dieser Politik einer englisch-russischen Annäherung nicht in London, sondern in Paris lag.

Es war das Glück der französischen Außenpolitik, daß sie während dieser entscheidenden Jahre der Vorkriegszeit an den wichtigsten Plätzen Europas über hervorragende Vorkämpfer verfügte: in Berlin und London die Brüder Jules und Paul Cambon, in Rom Barrere und in Wien Dumaine, dazu in Petersburg von 1913 bis Anfang 1914 Delcassé und dann den früheren Direktor im französischen Ministerium des Auswärtigen Paléologue. Ueber die Ernennung Delcassés, die schon viel erörtert wurde, bringt der zweite Band einige neue interessante Dokumente. Bis Anfang des Jahres 1913 war bekanntlich Georges Louis französischer Vorkämpfer in Petersburg. Er wurde nach Poincarés Wahl zum Präsidenten der Republik noch durch Poincaré selbst abberufen. Da Poincaré erklärt hatte, er sei zu jener Zeit nicht mehr Ministerpräsident gewesen, hat der Historiker Ernest Renaud nachforschungen angestellt und hat festgestellt, daß das Abberufungstelegramm eine Viertelstunde nach Amtsantritt des neuen Ministers des Auswärtigen, Jonnart, abgehandelt wurde. Der Rücktritt des Vorkämpfers Georges Louis war von den Russen, insbesondere aber von Jswolff in Paris erzwungen worden. Als Gontenoire de Tour in seinem Buch: „Poincaré a-t-il voulu la guerre?“ ausführlich, ohne Kenntnis der Akten, die Rückberufung des Vorkämpfers Georges Louis als ein Werk Jswolffs und Poincarés hingestellt hatte, versuchte Poincaré eine schwache Verteidigung. Er sei für Georges Louis eingetreten, und seine Reise nach Petersburg im August 1912 habe in der Hauptsache diesem Zwecke gedient. Der zweite Band des „Civro Noir“ bringt nun den Bericht Sazonows an den Zaren über seine Unterredung mit Poincaré im August 1912. Poincaré ist nicht nur nicht für Georges Louis, der eine gemäßigtere Politik verfolgte, eingetreten, sondern hat Sazonow die Abberufung des Vorkämpfers versprochen.

Die Ernennung Delcassés zum Vorkämpfer in Petersburg rief in Deutschland selbstverständlicherweise eine starke Bestimmung hervor. Diese Persönlichkeit, die im Jahre 1905 auf jede Gefahr hin den Krieg mit Deutschland wollte, konnte in Petersburg nur Unheil stiften. Heute wissen wir aus den letzten Veröffentlichungen Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“, wie gerechtfertigt der deutsche Argwohn gegen diesen Mann war. Poincaré begnügte sich bei der Ernennung Delcassés nicht mit dem gewöhnlichen Beglaubigungsschreiben. In einem persönlichen Brief an den Zaren empfahl er den neuen Vorkämpfer dem besonderen Wohlwollen des Herrschers und lenkte zugleich in einem stark imperativen Ton, unter Hinweis auf die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, die Aufmerksamkeit des Zaren auf die Beschleunigung der russischen Eisenbahnbauten. Auch in die Methoden der französischen und russischen Diplomatie erhalten wir einen Einblick. Beide Regierungen unterhielten anscheinend ein sogenanntes „schwarzes Kabinett“. So hat z. B. die französische Regierung die Telegramme der italienischen Regierung an ihre Vorkämpfer in Paris, Berlin

Der Kammerfieg Poincarés.

„Nous les aurons!“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 30. Mai.
Die Kammer hat gestern nacht, wie gemeldet, die Ruhkredite demütigt (nach neueren Meldungen mit 481 gegen 73 Stimmen, nicht mit 505 gegen 67), nachdem der Ministerpräsident Poincaré am Schluß seines rednerischen Zweifelpunkts mit Tordien erklärt hatte, die Regierung betrachte die Bewilligung der Kredite gleichzeitig als ein Referendum für die von ihr geführte Methode der Ruhrbesetzung. Damit hat Poincaré den Widerstand Tordiens zunächst erledigt. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch ohne das Referendum gestern der Ministerpräsident als der stärkere erschienen ist, denn was Herr Tordien vorbrachte, hatte also sehr den Charakter persönlicher Rängelei. Persönlich von Anfang bis zu Ende war allerdings auch die Antwort des Ministerpräsidenten, dessen gereizte Stimmung oft sehr scharf zum Ausdruck kam. Aber Poincaré gab in der zweiten Hälfte seiner langen Rede doch auch einige Erklärungen, die sachlich von Interesse sind. Nach den verschiedenen Zwischenbemerkungen, die das unruhige Redewort betrafen, fuhr Poincaré fort: „Ich will jetzt auch Herrn Herriot antworten. Er hat daran gewöhnt, daß unsere Unternehmung ertragreich sein könnte. Wenn er hat gesagt, daß die Zollabhebung der Rheinlande besser gewesen wäre als die Ruhrbesetzung. Diese Methode wäre vollkommen erfolglos geblieben, da sie von England und Belgien abgelehnt wurde. Gätten Sie es vorgezogen, Herr Herriot, wenn ich mich von unserer belgischen Freunden getrennt hätte, bloß um die Ruhrbesetzung zu vermeiden? Die Diskussion im Januar konnte nicht länger fortgesetzt werden; sie mußte ergebnislos bleiben, wenn wir nicht durch ein neues Moratorium den deutschen Widerstand ermutigen wollten. Ich glaube es übrigens, ja ich darf sagen, ich bin noch den letzten Meldungen aus Deutschland davon überzeugt, daß die Widerstandskraft des Reiches bald aufhören wird. Der Erfolg ist nahe.“

Cachin: „Das haben wir in der Zeit des Krieges sehr oft gehört!“
Poincaré: „Was wäre aus uns geworden, wenn wir lieber auf die Leute gehört hätten, die vorgezogen zum Frieden riefen? (Großer Weißall.) Niemand hätte ich in jener Zeit ein Kabinett aufgestellt, das nicht fest dazu entschlossen gewesen wäre, bis zur Entscheidung zu kämpfen. (Neuer Weißall.) Ich halte es für meine